

5./I. 1918.

3

Sitzung des Zweckverbandes Groß-Berlin.

Die Verbandsversammlung des Verbandes Groß-Berlin trat heute vormittag 10 Uhr im Berliner Stadtverordneten-Sitzungsaal zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen als Hauptpunkte: Der Nachtragsvertrag über die Ausgestaltung des Bahnhofs Hermannplatz zum Gemeinschaftsbahnhof mit Richtungsbetrieb für die Berliner städtische Nord-Südbahn und die A. E. G.-Schnellbahn, sowie der Bericht des Verbandsdirektors über die weiteren Verhandlungen mit dem Forstfiskus wegen der baulichen Erschließung der staatlichen Ländereien zu Kleinhaussteden und in Verbindung hiermit der sozialdemokratische Antrag über dieselbe Frage. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Wermuth, widmete vor Eintritt in die Tagesordnung den seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitgliedern, Modder und Stadthagen (Berlin) und Fischer (Neukölln) einen warmen Nachruf und stellte der Versammlung den neuen juristischen Oberbeamten des Verbandes, Dr. Schumacher vor.

Die Straßenbahntariffrage.

Zu der Vorlage über die Ausantwortung eines Vertragsrechts gegen die Große Berliner Straßenbahn an die Stadt Neukölln führt Verbandsabg. Dr. Leidig (Wilmersdorf) aus, daß in Zusammenhang hiermit die Tariffrage der Großen Berliner Straßenbahn erörtert werden müsse. Diese Frage müsse bis zum Juli d. Js. geregelt werden; bisher sind wir aber noch im Unklaren darüber, was von der Verbandsverwaltung hierin geschehen ist. In den Zeitungen steht mancherlei davon, wir wissen von nichts. — Oberbürgermeister Wermuth: Es muß mir zweifelhaft erscheinen, ob diese Frage mit der Vorlage in Verbindung steht. — Dr. Leidig beruft sich auf die Begründung der Vorlage. — Oberbürgermeister Wermuth: Ich bitte die Verhandlung hierüber jedenfalls nicht allzulange auszudehnen. Die Frage wird die nächste Sitzung des Verbandsausschusses beschäftigen.

Verbandsdirektor Dr. Steiniger: Der Verbandsausschuß ist nicht müßig gewesen. Der Tarifunterausschuß hat drei Sitzungen abgehalten, es waren umfangreiche Vorarbeiten notwendig. — Bürgermeister Peters (Wilmersdorf) stimmt Dr. Leidig zu. Die Verhandlungen und das Ergebnis des Tarifunterausschusses waren recht unerfreulich. Die Tariffrage kommt jetzt in einem sehr späten Stadium an die Verbandsversammlung. Bis zum Juli dieses Jahres muß sie aber geklärt sein. — Verbandsabg. Haberland (Teltow): In der Presse sind verschiedene Notizen über die Tariffrage erschienen. Was ist an diesen Dingen wahr? Es ist durchaus notwendig, daß die Verbandsversammlung recht bald mit der Frage beschäftigt wird. — Verbandsabg. Heimann (Berlin) unterstützt den Wunsch, die Verbandsversammlung recht bald mit der Tariffrage zu befaßen, verwahrt sich aber aufs ausdrücklichsste dagegen, daß diese außerordentlich schwierige Angelegenheit heute so behandelt wird.

Nach weiterer Verhandlung beantragen Oberbürgermeister Dr. Scholz (Charlottenburg) und Verbandsabg. Dr. Leidig die Vorlage über die Neuköllner Straßenbahnrechte zu vertagen und sie zusammen mit einer Vorlage über die allgemeine Tarifneueinrichtung der Großen Berliner Straßenbahn binnen vier Wochen wieder vorzulegen. — Nachdem die Versammlung auf Befragen des Vorsitzenden sich gegen die weitere Behandlung der Tariffrage erklärt hat, wird der Antrag Dr. Leidig mit etwa 47 gegen 35 Stimmen durch Handaufheben abgelehnt und die Vorlage über die Neuköllner Antragsrechte gegen die Straßenbahn angenommen.

Begrüßung des Oberpräsidenten v. Loebell.

Bei Schluß dieser Verhandlung erscheint der neue Oberpräsident v. Loebell im Saale. Er wird von dem Vorsitzenden mit warmen Worten begrüßt und dankt mit einer Rede, in der er nach einer Würdigung der Aufgaben des Verbandes Groß-Berlin und der Leistungen der Selbstverwaltung im Kriege das Versprechen abgibt, die Sache Groß-Berlins mit allen Kräften und Mitteln und in Berücksichtigung der Interessen aller zu fördern. Er bitte dafür auch um Unterstützung in seinem Amte. Daß unsere gemeinsame Arbeit zum Segen Groß-Berlins und des Vaterlandes gereichen möge, sei sein Neujahrswunsch und sein erster Gruß an die Versammlung des Verbandes Groß-Berlin. Die Vorlage, wonach der Verband von dem am 1. Januar 1920 auszuübenden Erwerbsrecht gegenüber der Berliner Elektrischen Straßenbahn (Siemens-Bahn) keinen Gebrauch gemacht hat, wird ohne Erörterung angenommen.

Zu der Vorlage über den Abschluß eines Nachtragsvertrages über den

Gemeinschaftsbahnhof Hermannplatz

für die Nord-Südbahn und die A. E. G.-Schnellbahn bemerkt Stadtrat Alberti (Berlin), das Ergebnis der Verhandlungen sei befriedigend, er müsse sich aber gegen die Ausführungen in der Vorlage wenden, wonach es den Anschein habe, als ob Berlin sich von Anfang an gegen den Gemeinschaftsbahnhof ausgesprochen habe. Das Verdienst des Verbandes, insbesondere des technischen Oberbeamten, Prof. Giese, sei rückhaltlos anzuerkennen. Die Stadt Berlin habe das weitere Interesse, die Frage der Verlängerung der Nord-Südbahn nach dem Hermannplatz recht bald zu lösen.

Verbandsdirektor Dr. Steiniger führt aus, daß Berlin sich früher gegen einen Gemeinschaftsbahnhof am Hermannplatz ausgesprochen habe. Er verwahrt sich hierbei gegen die viel verbreitete Meinung, daß der Verbandsdirektor gegen die Stadt Berlin arbeite. Gerade in bezug auf die vorliegende Frage seien ihm solche Vorwürfe gemacht worden. Es sei aber dringend zu erwünschen, daß derartige persönliche Angriffe unterbleiben, und die „vergiffene Atmosphäre“ (1) beseitigt werde, die so viel Unfrieden gestiftet habe. Er schloß mit dem Wunsche, daß der Gemeinschaftsbahnhof Hermannplatz zum Segen den Städten Berlin und Neukölln gereichen und in Groß-Berlin viele Nachfolger finden möge.

Nachdem Verbandsabg. Cassel und Stadtbaurat Krause-Berlin gegen die Ausführungen des Verbandsdirektors Stellung genommen hatten, wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kleinwohnungsnot.

Die Vorlage über die Verhandlungen wegen der baulichen Erschließung fiskalischer Ländereien in Groß-Berlin für Kleinhaussteden und der sozialdemokratische Antrag, diese Verhandlungen mit größter Beschleunigung fortzuführen, werden zusammen behandelt.

Verbandsabg. Heimann (Berlin) führt hierzu aus, daß die Kleinwohnungsnot sich im Laufe des Krieges sehr verschärft habe. Der gemeinsame Erlaß der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiter vom 6. Oktober v. Js. erkenne auch diese Notlage an, besage aber sonst blutwenig. Das Finanzministerium habe

wenigstens 20 Mill. M. zur Verfügung gestellt; die Seele des Widerstandes sei das Landwirtschaftsministerium. — Auch das Staatsministerium rücke und rühre sich nicht. Zur Behebung der immer schärfer werdenden Kleinwohnungsnot in Groß-Berlin sei unbedingt erforderlich, daß die 1500 Hektar fiskalischen Forstgeländes, die hierfür in Betracht kommen, recht bald erschlossen werden. Den Gemeinden selbst fehlt es hierzu an dem nötigen Raum. Auf Anregung Charlottenburgs sei ein gewisses Zusammenarbeiten der Groß-Berliner Gemeinden zu erwarten. Zu einer Siedlungspolitik gehöre aber auch eine gute Verkehrspolitik; insbesondere müsse er sich gegen übermäßige Tarifierhöhungen und gegen die Belbehaltung der zweiten Wagenklasse aussprechen.

Ein Antrag Haberland und Genossen lautet:

Die Verbandsversammlung sieht in alleiniger Förderung der Errichtung von Kleinhaussteden auf gemeinnütziger Grundlage kein ausreichendes Mittel zur Bekämpfung einer Wohnungsnot in Groß-Berlin. Eine wirksame Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses ist ohne die Tätigkeit der Grundstücks- und baugewerblichen Betriebe und des Hausbesitzes nicht möglich. Die Verbandsversammlung bebaue, daß im Widerspruch mit dem Gutachten des Verbandsausschusses und entgegen der Stellung der beteiligten Gemeinden seit Jahrzehnten bestehende Bauordnungen für wichtige Teile des Verbandsgebietes durch staatliche Behörde geändert seien. Die hierdurch eintretenden Schädigungen sind geeignet, die Tätigkeit des Privatkapitals für die Wohnungsverforgung auszuschalten und dadurch künstlich eine Wohnungsnot und Wohnungssteuerung in Groß-Berlin herbeizuführen.

Oberpräsident v. Loebell bebaute, daß die sonst ruhigen Ausführungen des Abg. Heimann von schärferen Vorwürfen gegen die Staatsregierung und insbesondere den Landwirtschaftsminister begleitet waren. Er müsse den Angriff zurückweisen, daß der Landwirtschaftsminister „teilnahmslos“ der Kleinwohnungsfrage gegenüberstehe. Der Landwirtschaftsminister sei in erster Reihe Vertreter des staatlichen Eigentums, aber auch Staatsminister, und das Staatsministerium sei sich einig in der Anerkennung der Wichtigkeit dieser Frage. Er selbst sei der vollen Überzeugung, daß in der Bekämpfung der Kleinwohnungsnot etwas Energisches und zwar bald geschieht. Für Groß-Berlin habe der Landwirtschaftsminister im Dezember v. Js. einen Erlaß an den Regierungspräsidenten gerichtet, worin dieser beauftragt wird, Bauklassen für die zu Kleinhaussteden geeigneten Ländereien festzusetzen und Nachträge zu den Baupolizeiverordnungen zu erlassen. Ueber die weiteren Maßnahmen der Staatsregierung für Groß-Berlin teile der Oberpräsident folgendes mit:

Der Staat ist bereit, aus den im Wohnungsgesetzentwurf vorgesehenen Mitteln nach dem Zustandekommen des Gesetzes sich an der Gründung einer oder mehrerer Siedlungsgesellschaften in der Umgebung Groß-Berlins mit angemessenen Kapitalanlagen zu beteiligen, wenn sich auch die beteiligten Gemeinden zu einer ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Beteiligung bereit finden lassen. Ferner ist der Staat bereit, unter der Voraussetzung, daß die Gründung der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften auf dieser Grundlage erfolgt, den gemeinnützigen Gesellschaften fiskalische Ländereien in günstiger Verkehrszone zu Preisen zur Verfügung zu stellen, die eine weit räumige Bedienung mit Kleinwohnungen in den Formen des Flachbaues für die minderbemittelte Bevölkerung ermöglichen. Die Minister haben inzwischen die Verhandlungen über die Auswahl der in Betracht kommenden Flächen und die Festsetzung der Preise abgeschlossen. Diese Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt, das den Interessen des Groß-Berliner Siedlungswesens voll gerecht wird. Einzelheiten werden demnächst bekanntgegeben, ferner wird eine Einladung an die Gemeinden zu Verhandlungen über diesen Gegenstand ergehen.

Verbandsabg. Cassel (Berlin) beantragt, die Vorlage sowie den Antrag Haberland einem Ausschuß von 15 Mitgliedern zu überweisen. — Die Versammlung beschließt demgemäß und nimmt mit ebenso großer Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag auf schleunige Fortführung der Verhandlungen mit der Staatsregierung an.

Der Vorlage über die Bewilligung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage an die Beamten und Angestellten des Verbandes Groß-Berlin wird zugestimmt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.